

## **Antrag**

**der Abgeordneten Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, René Springer, Joachim Wundrak, Barbara Benkstein, Jürgen Braun, Dietmar Friedhoff, Frank Rinck, Martin Sichert, Marcus Bühl, Dr. Götz Frömming, Kay Gottschalk, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD**

### **Partnerschaft mit den Visegrád-Staaten ausbauen – Abendländische Werte verteidigen, Europa neu denken, Wirtschaftskooperation vertiefen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei – die Visegrád-Staaten (V4) stehen für ein Europa der Freiheit, der Verteidigung der abendländischen Werte, der Prosperität und nationalen Souveränität. Mit den Visegrád-Staaten verbinden uns jahrhundertealte kulturelle Beziehungen, die sich zum Teil auch in der gemeinsamen Staatlichkeit des Heiligen Römischen Reiches widerspiegelten. Die deutsche Einheit wäre ohne die politischen Freiheitsbewegungen in den Visegrád-Staaten nicht möglich gewesen: Die Bürger dieser Länder haben mit ihrem mutigen Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus den Weg zur Einheit Deutschlands und Europas geebnet (vgl. [www.visegradgroup.eu/documents/official-statements/declaration-of-the-190208](http://www.visegradgroup.eu/documents/official-statements/declaration-of-the-190208)). Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien haben die Transformation von der kommunistischen Planwirtschaft und dem totalitären politischen System zu funktionierenden Demokratien mit Meinungsfreiheit und Marktwirtschaft erfolgreich vollendet.

Die Visegrád-Staaten sind heute für den deutschen Außenhandel wichtiger als China oder Frankreich: 2020 betrug der Warenaustausch mit den V4-Ländern 286 Milliarden Euro (China: 212 Milliarden Euro). Tschechien ist pro Kopf der Bevölkerung der zweitgrößte Autohersteller der Erde und, ebenso wie die Slowakei, für die deutsche Autoindustrie von überragender Bedeutung (vgl. [www.tagesspiegel.de/wirtschaft/handel-mit-polen-tschechien-ungarn-slowakei-die-boomregion-liegt-vor-der-haustuer/-27042672.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/handel-mit-polen-tschechien-ungarn-slowakei-die-boomregion-liegt-vor-der-haustuer/-27042672.html)). Mit hohen Wachstumsraten und einer Gesamtbevölkerungszahl, die fast an die französische herankommt (65 Millionen versus 67 Millionen) sind die V4-Länder ein Zukunftsmarkt, von dessen Wachstumschancen die deutsche Wirtschaft in hohem Maße profitiert – und auch künftig profitieren wird. Denn die Visegrád-Staaten setzen auf Zukunftstechnologien – ob im Bereich Digitalisierung, Künstliche Intelligenz oder bei der Renaissance der Kernkraft (vgl. [www.visegradgroup.eu/calendar/2021/declaration-of-the-prime](http://www.visegradgroup.eu/calendar/2021/declaration-of-the-prime)).

Kulturell verteidigen die V4 die abendländischen Werte Europas: die traditionelle Familie inklusive Lebensschutz gegen LGBTI-Propaganda für Minderjährige und die totalitäre Gender-Ideologie als Wiedergänger des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts. Ungarn und Polen haben entsprechende Gesetze bereits beschlossen und z. B. die Verbreitung der Gender-Ideologie im Bildungswesen gestoppt (vgl. [www.die-tagespost.de/leben/familie/starke-familien-starke-nation-art-200255](http://www.die-tagespost.de/leben/familie/starke-familien-starke-nation-art-200255) und <https://visegradpost.com/de/2022/02/19/neues-polnisches-gesetz-soll-schueler-vor-lgbt-indoktrination-schuetzen/>). Auch weltweit engagieren sich Ungarn und Polen für den Lebensschutz. Ein Beispiel hierfür ist die Genfer Konsenserklärung bei der Ungarn 2020 als Mitinitiator aufgetreten ist. In dieser wird festgestellt, dass es kein international kodifiziertes „Recht auf Abtreibung“ gibt, dass es der nationalen Souveränität und Verantwortlichkeit des jeweiligen Staates anheimgestellt ist, sich um die Familienplanung und den Lebensschutz zu kümmern, und dass dem Lebensschutz eine prioritäre Rolle zukommt (vgl. <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N20/344/30/PDF/N203443 0.pdf?OpenElement>).

Einmischungen in die inneren Angelegenheiten, wie der vom deutschen Botschafter mitunterzeichnete Brief gegen die vermeintliche Diskriminierung von LGBTI in Polen, sind fehl am Platze (vgl. [https://pl.usembassy.gov/open\\_letter/](https://pl.usembassy.gov/open_letter/)). Ganz im Gegenteil: Deutschland kann von den V4-Staaten lernen, wie man eine erfolgreiche Familien- und Bildungspolitik betreibt oder z. B. wie man gegen die Auswüchse der Cancel-Culture vorgeht (vgl. <https://visegradpost.com/de/2022/03/08/rodrigo-ballaster-das-mcc-steht-im-gegensatz-zur-cancel-culture-die-im-westen-verheerende-schaeden-anrichtet/>).

Auch in den Bereichen einer grundlegenden Reform der Europäischen Union, ihres Rückbaus auf den gemeinsamen Markt, der Beschränkung der Übergriffigkeit der Europäischen Kommission, der Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes, unter anderem durch ein Veto-Recht der nationalen Parlamente, ergeben sich vielfältige Kooperationsmöglichkeiten (vgl. [www.Visegradgroup.eu/calendar/2018/v4-statement-on-the](http://www.Visegradgroup.eu/calendar/2018/v4-statement-on-the)). Der Schutz der gemeinsamen Außengrenzen statt einer europaweiten Umverteilung der illegalen Migranten ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen der Visegrad-Staaten, bei dem eine deutsche Bundesregierung im nationalen Interesse kooperieren kann und muss.

Zukunftsperspektiven für die Europäische Union, Zusammenarbeit in der Außenpolitik, geopolitische Trends und ihre Implikationen für Deutschland und Europa – all das kann durch die Einrichtung einer gemeinsamen Denkfabrik (Think-Tank) mit den V4-Ländern untersucht und in politische Handlungsempfehlungen übersetzt werden. Der zwischengesellschaftliche Austausch sollte jedoch bereits früher beginnen: Mit einem gemeinsamen Jugendwerk Deutschlands und der V4 würde die Basis für gegenseitiges Verständnis, beiderseitiges Lernen und den Abbau von Vorurteilen gelegt.

Nicht nur in Europa, sondern weltweit, treten die V4 zunehmend selbstbewusst für die eigenen Interessen und Werte ein, die Europa auszeichnen. Ungarn hat, unter maßgeblicher Mitgestaltung der anderen Visegrad-Partnerländer, zuletzt 2019 eine Konferenz gegen die Christenverfolgung durchgeführt und ein Programm eingerichtet, das verfolgten Christen in ihren Heimatregionen (bspw. im Irak) hilft oder auch den christlichen Minderheiten z. B. durch ein Stipendium ein Studium in Ungarn ermöglicht (Hungary Helps, vgl. [www.iccphungary.com/](http://www.iccphungary.com/) und <https://hungaryhelps.gov.hu/the-hungary-helps-program/>).

Heute helfen die Visegrad-Staaten den ukrainischen Kriegsflüchtlingen, die vor dem russischen Angriffskrieg fliehen. Die V4, insbesondere Polen, nehmen die meisten Ukrainer auf. Gerade in dieser Situation sollte die Bundesregierung alles unterlassen, was zu einer (finanziellen) Schwächung und Diffamierung unserer engen Partner und Verbündeten beiträgt (vgl. [www.cicero.de/aussenpolitik/mittleuropas-haltung-zur-neuen-deutschen-bundesregierung-wir-wollen-ein-europaisches-deutschland-kein-deutsches-europa](http://www.cicero.de/aussenpolitik/mittleuropas-haltung-zur-neuen-deutschen-bundesregierung-wir-wollen-ein-europaisches-deutschland-kein-deutsches-europa)). Die geplanten EU-Sanktionen gegen Polen und Ungarn sollten vor

diesem Hintergrund sofort gestoppt werden, wie es eine Resolution des Europäischen Parlaments fordert (vgl. [www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2022-0133\\_EN.html](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2022-0133_EN.html) und [www.bloomberg.com/news/articles/2022-03-14/eu-to-hold-back-on-rule-of-law-budget-fight-amid-war-in-ukraine](http://www.bloomberg.com/news/articles/2022-03-14/eu-to-hold-back-on-rule-of-law-budget-fight-amid-war-in-ukraine)).

## II. Der Deutsche Bundestag verurteilt

zusammen mit dem ungarischen Parlament den russischen Angriffskrieg entschieden. Zusammen mit unseren Partnern in den Visegrád-Staaten sagt der Bundestag Hilfe und Unterstützung für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge zu und erteilt Waffenlieferungen in die Ukraine, die eine unkontrollierbare Eskalationsgefahr bergen, eine eindeutige Absage (vgl. Political Declaration 1/2022. (III. 10.) of the National Assembly of Hungary on the war between Russia and Ukraine).

## III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Visegrád-Staaten, insbesondere Polen und Ungarn, mit allen erforderlichen Mitteln bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zu unterstützen (vgl. Drs. 20/843, Entschließungsantrag der AfD-Fraktion) und in diesem Zusammenhang sich bei der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen dafür einzusetzen, sofort alle Sanktionen gegen Polen und Ungarn im Zuge des sogenannten Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu stoppen;
2. den Visegrád-Staaten öffentlich Dank dafür zu zollen, dass sie im Interesse Deutschlands effektive Maßnahmen ergreifen, um Deutschland vor illegaler Masseneinwanderung zu schützen und sie bei der Errichtung, dem Ausbau und Unterhalt von Grenzschutzeinrichtungen zu unterstützen (wie bereits in der Drs. 20/33 von der AfD-Fraktion gefordert);
3. jährlich stattfindende Regierungskonsultationen mit den Visegrád-Staaten aufzunehmen, um von ihren Erfolgen in der Familien- und Bildungs- und Wirtschaftspolitik zu lernen, die Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung fortschrittlicher ziviler Nukleartechnologien einschließlich neuartiger Reaktortypen, bei der Digitalisierung und im Bereich der Künstlichen Intelligenz aufzunehmen bzw. auszubauen sowie den Erfahrungsaustausch bei der dualen Ausbildung zu vertiefen (vgl. Drs. 19/14933, Antrag der FDP-Fraktion);
4. die Visegrád-Staaten als wirtschaftspolitische Partner eng in eine Strategie einzubinden, durch die einseitige Abhängigkeiten von China und den USA minimiert werden sollen, z. B. durch Aufbau einer europäischen Halbleiterindustrie und einer 6G-Dateninfrastruktur;
5. sich in Deutschland und Europa dafür einzusetzen, das Bewusstsein für die Bedeutung, die Geschichte und Kultur sowie die Interessen und Werte Polens, Ungarns, der Slowakei und Tschechiens zu fördern (vgl. Drs. 19/14933);
6. ein gemeinsames Jugendwerk mit allen Visegrád-Staaten einzurichten, um auf der Basis der bereits bestehenden Jugendwerke mit Polen und Tschechien den Jugendaustausch auszubauen und eine Verständigung auf bürgergesellschaftlicher Ebene zu erreichen, die zum beiderseitigen Abbau von Vorurteilen beiträgt;
7. eine gemeinsame Denkfabrik mit den V4-Staaten einzurichten, die politische Handlungsempfehlungen zur Zukunft der EU, geopolitische Trends und ihre Auswirkungen auf Europa sowie Sicherheitspolitik, Familienpolitik sowie den Kampf für Meinungsfreiheit, gegen Cancel-Culture, Gender-Totalitarismus und politische Korrektheit entwickelt;

8. die von Ungarn initiierte und von Polen mitgetragene Genfer Konsenserklärung zu unterzeichnen, die betont, dass es der nationalen Souveränität und Verantwortlichkeit des jeweiligen Staates anheimgestellt ist, sich um die Familienplanung und den Lebensschutz zu kümmern, und dass dem Lebensschutz eine prioritäre Rolle zukommt;
9. zusammen mit den Visegrád-Staaten, insbesondere Ungarn, sich gegen die weltweite Christenverfolgung einzusetzen, und mit hochrangigen Vertretern wie der Außenministerin auf den nächsten Konferenzen in Ungarn teilzunehmen sowie mit Hungary Helps zusammenzuarbeiten, um Christen in ihren Herkunftsregionen zu unterstützen, sowie Stipendien an verfolgte Christen für ein Studium in Ungarn und Deutschland zu gewähren.

Berlin, den 14. September 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**